

Ressort: Politik

Bundesregierung: Brexit könnte Förderung ostdeutscher Regionen gefährden

Berlin, 06.09.2017, 01:00 Uhr

GDN - Die Bundesregierung fürchtet, dass der Brexit negative Auswirkungen auf die Förderung strukturschwacher Regionen vor allem in Ostdeutschland haben könnte. Das ergibt sich nach einem Bericht der "Berliner Zeitung" (Mittwochsausgabe) aus dem Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit.

Im Kontext generell abnehmender Fördermittel heißt es da: "Hinzu kommt aktuell, dass mit dem Austritt Großbritanniens das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der EU sinkt, die EU im Durchschnitt also rein statistisch "ärmer", Deutschland dagegen rein statistisch "reicher" wird. Dies, vor allem aber die im EU-Vergleich gute wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Regionen, könnte dazu führen, dass in Zukunft die deutschen Regionen in geringerem Maße als bisher von den europäischen Strukturfondsmitteln profitieren könnten." Eventuell könnten auch die Höchstfördersätze weiter sinken. Gefördert wird, wer beim Bruttoinlandsprodukts unter 75 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Wenn Großbritannien die EU verlässt, sinkt der Durchschnitt und Regionen, die bisher darunter liegen, könnten über die 75-Prozent-Grenze rutschen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-94239/bundesregierung-brexit-koennte-foerderung-ostdeutscher-regionen-gefaehrden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com